

## Sprechzettel<sup>1</sup>

### für die Beratungen zum Haushaltsentwurf 2020 des MJEVG in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses, Innen- und Rechtsausschusses sowie Europaausschusses am 23. Oktober 2019

Anrede,

trotz der sich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingung ist es wiederum gelungen, eine Reihe von Akzenten im Haushaltsentwurf des Jahres 2020 für das MJEVG zu verankern.

In unserem **Kernbereich** – der **Justiz** – liegen die Schwerpunkte im Haushaltsentwurf im Personalbereich. Schleswig-Holstein hat den ersten Teil der Anforderungen im Rahmen des sogenannten Paktes für den Rechtsstaat erfüllt, indem in den Jahren 2017 bis 2018 insgesamt 38 richterliche und staatsanwaltliche Stellen geschaffen wurden und dadurch die Grundlage für die im Rahmen des Länderfinanzausgleichs verabredete Zahlung von rd. 3,75 Mio. € vom Bund vorliegt. Im Haushaltsentwurf 2020 sind nun aus der zweiten Hälfte des Paktes für den Rechtsstaat 20 neue richterliche und staatsanwaltliche Stellen zuzüglich der gleichen Zahl an Stellen für die Folgedienste eingestellt.

Darüber hinaus enthält der Haushaltsentwurf 2020 weitere 20 neue Stellen für die Digitalisierung in der Justiz. Hier sind wir in der Pflicht, nachdem der in unserer Verfassung vorgeschriebene elektronische Rechtsverkehr termingerecht eröffnet werden konnte, bis zum Jahr 2026 alle unsere Akten in den Gerichten und Staatsanwaltschaften elektronisch zu führen. In diesem Jahr konnten wir bereits mit der Arbeitsgerichtsbarkeit beginnen. Für das Jahr 2020 haben wir uns die Umstellung in allen Fachgerichtsbarkeiten vorgenommen und bis zum Ende 2025 müssen alle 41 Gerichte und Staatsanwaltschaften umgestellt sein.

Wir sind weiter der Forderung des Landesrechnungshofes gefolgt und haben für die Justizvollzugsanstalten zwei neue zusätzliche Planstellen für Anstaltsärzte im Haushaltsentwurf vorgesehen.

Die Ausbildung für die Nachwuchskräfte der Justiz wollen wir stärken. So werden in diesem Jahr die Anwärtinnen und Anwärter des ehemaligen mittleren Justizdienstes ihre Ausbildung in der Verwaltungsakademie Bordesholm beginnen. Darüber hinaus haben wir für diesen Nachwuchs 15 zusätzliche Anwärterstellen vorgesehen.

---

<sup>1</sup> Es gilt das gesprochene Wort.

Für ein Duales EDV-Studium an der FH Kiel haben weitere drei Stellen in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Um der nach wie vor hohen Belastung in der Verwaltungs- und in der Sozialgerichtsbarkeit gerecht zu werden, haben wir die dort vorhandenen sogenannten kw-Vermerke in die Zukunft geschoben.

Ferner sind beim **Verbraucherschutz** zusätzliche Mittel für die vom Sozialministerium übernommenen Prüfungen nach dem Produktsicherheitsgesetz veranschlagt worden. Geplant sind in 2020 insgesamt 70 Prüfungen mit jeweils Kosten in Höhe von durchschnittlich 3,0 T€ (zusammen 210,0 T€).

Im Bereich der **Gleichstellung** wurde für das Gutachten zur Bedarfsanalyse der Frauenhausförderung ein Betrag in Höhe von 100,0 T€ veranschlagt. Ferner werden die Zuschüsse zur Förderung von Frauenfacheinrichtungen mit jährlich 700,0 T€ für den Rest der Legislaturperiode entgegen der Planung aus der vergangenen Legislaturperiode für besondere Bedarfe für Frauenfacheinrichtungen, beim Kooperations- und Interventionskonzept bei häuslicher Gewalt (KIK) und zur Kostenerstattung für Sprachmittlerinnen in Frauenfacheinrichtungen fortgeschrieben. Im Gegenzug konnte zur teilweisen Deckung dieser Mehrbedarfe der Ansatz bei Zuweisungen an die Kommunen zum Ausgleich der Mehrkosten für die Beschäftigung kommunaler hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragten bedarfsgerecht von 1,0 Mio. € um 369,0 T€ auf 631,0 T€ im HH-Entwurf 2020 reduziert werden.

Im **Europakapitel** sind 80,0 T€ zur Mitfinanzierung der Fehmarnbelt Days 2020 im Kreis Ostholstein veranschlagt worden. Außerdem werden ab dem Haushalt 2020 für die Grenzpendlerberatung in der deutsch-dänischen Grenzregion 150,0 T€ bereitgestellt.